



Recht im Rettungs- und Sanitätsdienst



DRK Stuttgart–Bad Cannstatt • 19.11.2020

Thomas Hochstein



- ⇒ **Dokumentation** im
Rettungs- und Sanitätsdienst
 - ▶ Bedeutung im und
Ablauf eines Ermittlungsverfahrens

- ⇒ Transport- und
Behandlungsverweigerung
 - ▶ Aufklärung und Einwilligung

- ⇒ **Schweigepflicht** und
Zeugnisverweigerungsrecht

- ⇒ **Sonderrechte und Wegerecht**
im Straßenverkehr



*Wer schreibt,
der bleibt.*

DOKUMENTATION

Vermeidung von Rechtsstreit



⇒ Gute **Arbeit**

- ▶ gute Aus- und Fortbildung
- ▶ Routine (Checklisten, Schemata)
- ▶ Crew Resource Management (CRM)



⇒ Gute **Dokumentation**

- ▶ Befunde und Maßnahmen dokumentieren
- ▶ möglichst vollständig (und verständlich)
- ▶ anlassbezogen: Gedächtnisprotokoll



⇒ Freundliches **Auftreten**



- ⇒ Fehler lassen sich nicht vermeiden, aber **minimieren**.
- ⇒ Je mehr man **weiß**, je mehr man **übt**, je mehr man **gesehen hat**, desto weniger Fehler wird man machen.
- ⇒ **Strukturiertes Vorgehen** hilft. **Schemata** helfen. **Checklisten** helfen.
- ⇒ Ein Klima vertrauensvoller Zusammenarbeit im **Teamwork** hilft, Fehler zu erkennen.
- ⇒ **Juristisch** hilft sehr ...
 - ▶ ... die Orientierung an **Vorgaben** (SOPs, Leitlinien, ...)
 - ▶ ... wenn man seine Maßnahmen **begründen** kann.



Medizinische Dokumentation hat drei Aufgaben:

⇒ **Aufzeichnung** der Behandlung

- ▶ Gedächtnisstütze für den Behandler
- ▶ Information von Mit-/Weiterbehandlern
- ▶ Nachweis und Information für den Patienten

⇒ **Abrechnungsgrundlage**

- ▶ teilw. Basis für die Erstellung der Abrechnung

⇒ **Beweismittel** im (Rechts-)Streit

- ▶ Gedächtnisstütze zur Darstellung des Vorgangs
- ▶ Nachweis der durchgeführten Maßnahmen



⇒ Wer?

- ▶ Patientendaten und Behandler

⇒ Was?

- ▶ Anamnese und alle wichtigen Befunde
- ▶ therapeutische Maßnahmen (und deren Ergebnisse)
- ▶ Verlauf und Übergabe

⇒ Wann?

- ▶ sofort, spätestens mit Einsatzabschluss

⇒ Wie?

- ▶ beleghaft oder elektronisch, verständlich für Fachmann
- ▶ Änderungen müssen mit Zeitpunkt erkennbar sein

Das Ermittlungsverfahren



- ⇒ Kenntniserlangung
- ▶ **Strafanzeige** bei Polizei oder Staatsanwaltschaft
 - ▶ **Todesermittlungsverfahren**
 - ▶ sonstige eigene Wahrnehmung (Presse!)



- ⇒ Rechtliche Würdigung und Prüfung des **Anfangsverdachts**



- ⇒ Aufnahme der **Ermittlungen**



- ⇒ Prüfung des **hinreichenden Tatverdachts** und Abschlussentscheidung



*Anklage /
Strafbefehl*



*geringe
Schuld*



*kein
Tatnachweis*

Ermittlungsschritte



- ⇒ Vernehmung des **Anzeigerstatters** und Erhebung einer **Schweigepflichtentbindung**
- ⇒ Erhebung von Sachbeweisen
 - ▶ **Einsatzprotokoll** und **Tonaufzeichnungen der Leitstelle**
 - ▶ **Notfallprotokoll** oder **Patientenprotokoll**
 - ▶ **Krankenakten** der aufnehmenden Klinik, ggf. Vorbehandler
- ⇒ **Zeugenvernehmungen**
 - ▶ Patienten, Angehörige, Passanten, Kollegen, Nachbehandler, ...
- ⇒ **Sachverständigengutachten**
- ⇒ **Beschuldigtenvernehmung**



*Wenn der Patient nicht so will,
wie wir wollen ...*

TRANSPORT- UND BEHANDLUNGSVERWEIGERUNG

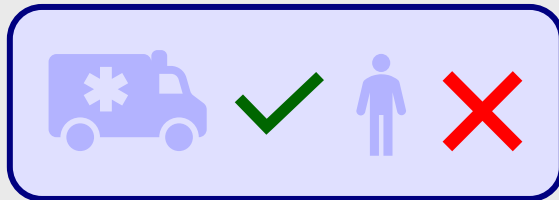


⇒ Der Patient **lehnt** eine **Behandlung** oder den Transport in eine Klinik **ab**.

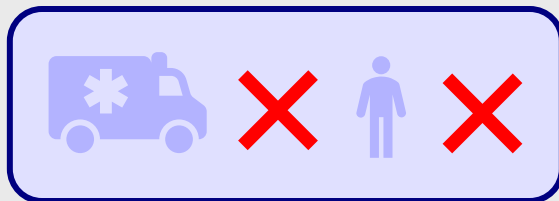
- Wird sein Wunsch respektiert, kann er schwere Schäden erleiden oder gar versterben.
- Es drohen Vorwürfe:
 - **unterlassene Hilfeleistung**
 - (fahrlässige) **Körperverletzung durch Unterlassen**
 - fahrlässige Tötung/Totschlag durch Unterlassen
- Wird er gegen seinen Willen behandelt oder transportiert, drohen aber **gleichfalls Vorwürfe**:
 - Körperverletzung
 - Nötigung
 - Freiheitsberaubung



⇒ **Behandlung / Transport**



⇒ **Behandlungs- /
Transportverweigerung**



⇒ **fehlende** **Behandlungs- /
Transportindikation**



⇒ **Ablehnung** von
Behandlung / Transport

Strafrechtliche Verfolgung



⇒ Strafrechtlich kommen insbesondere **Unterlassungsdelikte** in Betracht.

Aktives Tun

⇒ Normalerweise bedroht der Gesetzgeber es mit Strafe, etwas Verbotenes zu tun.

⇒ **Begehungsdelikte**

Unterlassen

⇒ Nur ausnahmsweise ist es auch strafbar, etwas Gebotenes nicht zu tun.

⇒ **Unterlassungsdelikte**



- ⇒ Verletzung der allgemeinen Hilfeleistungspflicht
- ⇒ § 323c StGB: **Unterlassene Hilfeleistung**
„Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“
- ⇒ Eine Strafbarkeit setzt voraus, dass die **Notwendigkeit einer Hilfeleistung** erkannt, aber dennoch keine Hilfe geleistet wird.
- ⇒ Auf die Folgen kommt es nicht an.

Unechte Unterlassungsdelikte



⇒ „Unechte Unterlassungsdelikte“:

„Wer es unterlässt, einen Erfolg abzuwenden, der zum Tatbestand eines Strafgesetzes gehört, ist nach diesem Gesetz nur dann strafbar, wenn er rechtlich dafür einzustehen hat, dass der Erfolg nicht eintritt, und wenn das Unterlassen der Verwirklichung des gesetzlichen Tatbestandes durch ein Tun entspricht.“ [§ 13 StGB]

⇒ **Generalklausel:**

Auf alle Straftatbestände ergänzend anwendbar.

⇒ Gilt nur für bestimmte Personen, sog. **Garanten**.

⇒ Die Strafdrohung ist im Vergleich zur unterlassenen Hilfeleistung meist höher.



- ⇒ Ein Garant hat eine sog. **Garantenstellung**, d.h. besondere Obhutspflichten
- ▶ gegenüber einer bestimmten Person oder Sache (**Beschützergarant**), beruhend auf
 - enger natürlicher Verbundenheit
 - bspw. Ehegatten, Eltern, Kinder
 - Lebens- oder Gefahrgemeinschaften
 - bspw. Bergsteiger
 - Übernahme von Schutz- oder Beistandspflichten
 - bspw. Babysitter, Bademeister, Ärzte, Rettungskräfte
 - aber nur im Dienst und erst mit Dienstübernahme
 - ▶ oder bezüglich der von einer Sache oder Person ausgehenden Gefahren (**Überwachergarant**)
- ⇒ Helfer im **Rettungs-/Sanitätsdienst** sind **Garanten**.



- ⇒ Gefordert ist **Hilfeleistung nach besten Kräften**:
Jeder ist (nur) zu der (besten) Hilfe verpflichtet,
die er leisten kann.

- ⇒ Der Umfang der Hilfeleistung ist abhängig von
 - ▶ individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten
 - ▶ körperlichen und geistigen Möglichkeiten

- ⇒ Das gilt für die allgemeine Hilfeleistungspflicht
wie auch für die Anforderungen an Garanten.

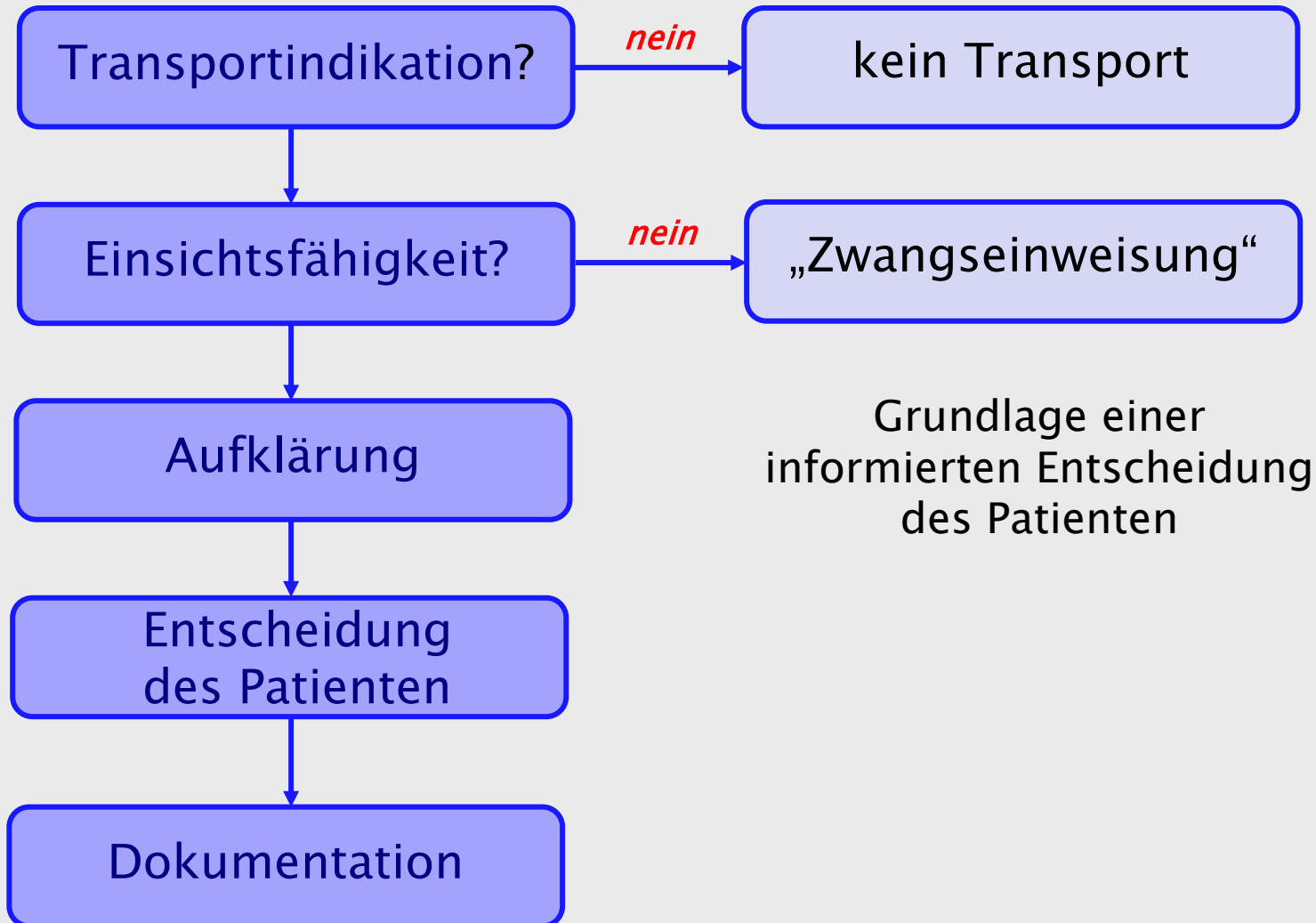
BEHANDLUNGS- / TRANSPORT- VERWEIGERUNG

Verweigerung durch Patienten



- ⇒ Keine Pflicht zur Hilfeleistung besteht, wenn der Patient aus freien Stücken **auf Hilfe verzichtet**.
- ⇒ Entscheidend ist der **Wille** des Patienten, nicht das **Wohl** des Patienten.
- ⇒ Voraussetzung ist, dass der Patient
 - ▶ seine Lage richtig verstehen und beurteilen
 - ▶ und so eine informierte Entscheidung treffen kann.

Checkliste Verweigerung





⇒ Einsichtsfähigkeit

- ▶ Der Patient ist **generell** und auch **derzeit** in der Lage, überhaupt **Entscheidungen** über seine Gesundheitsversorgung **zu treffen**.

⇒ Aufklärung

- ▶ Der Patient wurde über seine Lage und die ihm drohenden (gesundheitlichen) Gefahren sowie die möglichen Folgen **umfassend aufgeklärt**.

⇒ Ablehnung / Verzichtserklärung

- ▶ Der einsichtsfähige Patient erklärt nach erfolgter Aufklärung, dass er jedwede oder eine bestimmte Behandlung **ablehnt**.

⇒ Dokumentation



⇒ Grundsätzlich ist jeder (geistig) gesunde Erwachsene in der Lage, über seine gesundheitliche Versorgung zu entscheiden.

⇒ Nicht einsichtsfähig sind mithin

- ▶ Minderjährige (Kinder und Jugendliche)
 - keine feste Altersgrenze; entscheidend ist die tatsächlich vorhandene Einsichtsfähigkeit
 - < 14 Jahre: regelmäßig nicht einsichtsfähig
 - > 16 Jahre: oft schon einsichtsfähig
- ▶ psychisch erkrankte Patienten
- ▶ Betrunkene und anderweitig Berauschte
- ▶ Bewusstlose



- ⇒ Die Aufklärung soll dem Patienten eine freie, informierte Entscheidung ermöglichen und so sein **Selbstbestimmungsrecht** wahren.
- ⇒ Inhalt:
 - ▶ (vermutete) Art(en) der Erkrankung oder Verletzung (**Verdachtsdiagnose**)
 - ▶ mögliche Folgen ohne Behandlung (**Gefahren**)
 - ▶ vorgesehene Behandlungsmaßnahmen und ggf. deren Risiken
- ⇒ Umfassend und überzeugend, aber ohne Übertreibungen.
- ⇒ Ggf. höher qualifiziertes Personal hinzuziehen.



- ⇒ Der Patient stimmt nach Aufklärung den nötigen Maßnahmen oder dem Transport zu:
 - ▶ Problem gelöst 😊
- ⇒ Der Patient lehnt auch nach Aufklärung die notwendigen Maßnahmen ab ...
 - ▶ ... und ist einsichtsfähig:
 - **Dokumentation** der Befunde, der Aufklärung und der Entscheidung
 - **Unterschrift** des Verantwortlichen, des Patienten und/oder von Zeugen
 - ▶ ... und ist nicht einsichtsfähig:
 - Entscheidung des gesetzlichen Vertreters
 - ggf. „Zwangseinweisung“



- ⇒ Bei der Weigerung des Patienten sind neben seiner Entscheidung vor allem die **Aufklärung** (und die **Einsichtsfähigkeit**) von Bedeutung.
- ⇒ Aus der Dokumentation sollten die **Befunde**, aber auch der Inhalt der **Aufklärung**, namentlich die dargestellten **Risiken**, hervorgehen.
- ⇒ Der Patient sollte den Vordruck **unterschreiben**; unabhängig davon sind Unterschriften von **Zeugen** (und ggf. deren Erreichbarkeit) sinnvoll.
- ⇒ Die Dokumentation ist eine **Urkunde**, die nicht mehr ungekennzeichnet verändert werden darf.

ABLEHNUNG DES TRANSPORTS (DURCH PERSONAL)

Ablehnung des Transports



Vorsicht!

- ⇒ Schon ein Rettungseinsatz, bei dem der Patient den Transport ablehnt, kann rechtliche Risiken für das Rettungsfachpersonal nach sich ziehen, wenn der Patient später zu Schaden kommt.
- ⇒ Dies gilt umso mehr, wenn dem Patient der Transport **ausgeredet** wird oder sogar ein Transportwunsch des Patienten **abgelehnt** wird.
- ⇒ Es droht im schlimmsten Fall eine Strafbarkeit wegen **unterlassener Hilfeleistung**, **fahrlässiger Körperverletzung** oder **fahrlässiger Tötung**.

Ablehnung des Transports



- ⇒ Bevor der Transport eines Patienten unterbleibt oder gar abgelehnt wird, ist daher eine **besonders sorgfältige Untersuchung** geboten.
- ⇒ Gerade bei alkoholisiert wirkenden Patienten darf das Risiko einer durch die (scheinbare) Alkoholisierung verdeckten Erkrankung oder Verletzung nicht unterschätzt werden.
- ⇒ Im Zweifelsfall sollte ein Patient immer transportiert werden – besser, dass ein unnötiger Transport erfolgt, als dass ein notwendiger Transport unterbleibt.

INVASIVE MAßNAHMEN



- ⇒ **Invasive Maßnahmen** sind solche, die in die körperliche Unversehrtheit eingreifen.
- ▶ Sie gelten in der Rechtsprechung grundsätzlich als **Körperverletzung**, die der Rechtfertigung bedarf, die durch **Einwilligung** des Patienten erfolgt.
 - ▶ Diese Auslegung dient dem Schutz des **Selbstbestimmungsrecht des Patienten** gegenüber Arzt und Rettungsfachpersonal.
 - ▶ Es kommt nicht darauf an, wer die Maßnahme durchführt bzw. verantwortet.

Rechtfertigende Einwilligung

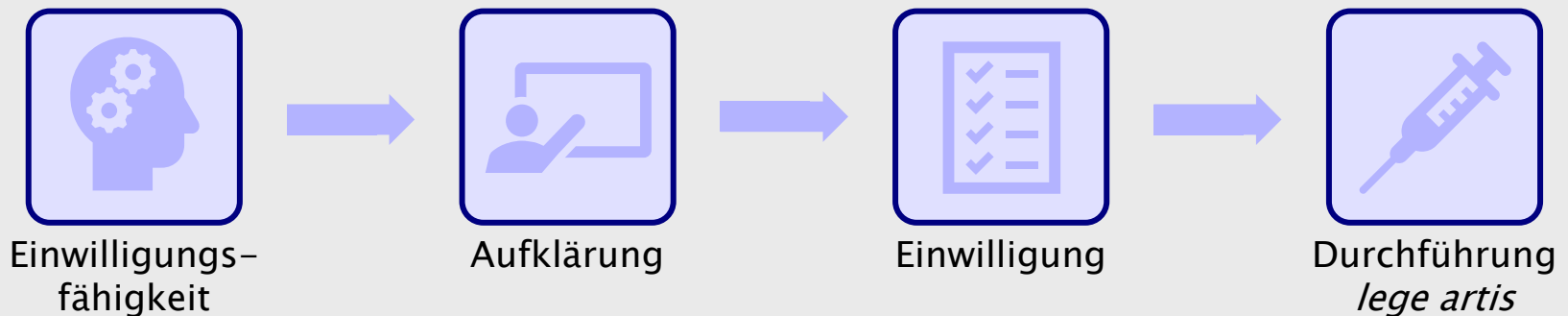


⇒ Zur Rechtfertigung einer invasiven Maßnahme ist die Einwilligung des Patienten erforderlich.

▶ **konkludente** (unausgesprochene) Einwilligung

▶ **mutmaßliche** Einwilligung

⇒ Eine solche **rechtfertigende Einwilligung** setzt dabei voraus:





*Reden ist Silber,
Schweigen ist Gold.*

SCHWEIGEPFLICHT UND ZEUGNISVERWEIGERUNGSRECHT



- ⇒ Die sog. **Schweigepflicht** verpflichtet – unter Strafdrohung – zum Stillschweigen über bestimmte Umstände.
 - ▶ organisationsinterne Regelungen
 - ▶ § 203 Abs. 1 StGB

- ⇒ Ein **Zeugnisverweigerungsrecht** berechtigt zur Verweigerung von Angaben ggü. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten.
 - ▶ §§ 53, 53a StPO

- ⇒ Schweigepflicht und Zeugnisverweigerungsrecht bedingen einander nicht gegenseitig.



- ⇒ **Ärzte**, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker
- ⇒ andere Heilberufe, die für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordern
 - ▶ Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger usw.
(*Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege*)
 - ▶ Hebammen, **Rettingsassistenten** und **Notfallsanitäter**
- ⇒ **Auszubildende** zu einem der genannten Berufe
- ⇒ „berufsmäßige tätige Gehilfen“
 - ▶ **Assistenzpersonal** im med. Bereich
 - ▶ unabhängig von d. Gestaltung des Arbeitsverhältnisses
 - ▶ aber: konkrete Zuordnung zu einem Hauptberufsträger



⇒ **umfassend** und **gegenüber jedermann**

▶ **Gegenstand:**

- § 203 Abs. 1 StGB: „Geheimnis“, das „anvertraut oder sonst bekanntgeworden ist“
- **weite Auslegung: alle patientenbezogenen Erkenntnisse**
 - Behandlungsverhältnis, Art der Verletzungen und Hergang
 - Ergebnisse der Anamnese, Diagnostik und Diagnose
 - durchgeführte Maßnahmen, Transportziel
 - alles sonst, was bekannt oder anvertraut wurde
 - nicht: bereits öffentlich bekannte Tatsachen

▶ **Adressaten: gegenüber jedermann**

- auch gegenüber Weiterbehandlern und Angehörigen
- auch gegenüber Strafverfolgungsbehörden

▶ **über den Tod hinaus!**



- ⇒ Äußerung mit **Einverständnis des Patienten**
- ⇒ **Einwilligungsfähigkeit**
 - ▶ Einsichtsfähigkeit Minderjähriger / gesetzl. Vertreter
 - ▶ Berauschte, Bewusstlose, Geisteskranke
- ⇒ **Erklärung der Einwilligung**
 - ▶ ausdrücklich
 - ▶ stillschweigend („*konkludent*“)
- ⇒ **mutmaßliche Einwilligung**
 - ▶ Mit- und Weiterbehandler
 - ▶ Angehörige
 - ▶ bei **Opfern** von Straftaten: Strafverfolgungsbehörden
 - ▶ Das gilt nicht bei **Tätern!**

Bruch der Schweigepflicht



- ⇒ Äußerung ohne/gegen den Willen des Patienten
- ⇒ gesetzliche Offenbarungspflichten
 - ▶ Infektionsschutzgesetz
 - ▶ Leichenschau
 - ▶ Verhinderung bestimmter bevorstehender Straftaten
 - ▶ Zeugenaussage, wenn kein Zeugnisverweigerungsrecht
- ⇒ Güterabwägung
 - ▶ Schutz höherrangiger Rechtsgüter
 - ▶ Rechtfertigung durch Notstand (§ 34 StGB)
- ⇒ Schutz eigener Rechte
 - ▶ Zivil- oder Strafprozess
- ⇒ Nicht zur Aufklärung begangener Straftaten!



⇒ nur **Ärzte**

(und psycholog. und Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeuten, Hebammen und Apotheker)

⇒ und deren **Assistenzpersonal**

▶ unabhängig von d. Gestaltung des Arbeitsverhältnisses

▶ aber: konkrete Zuordnung zu einem Hauptberufsträger

▶ abgeleitetes Zeugnisverweigerungsrecht:

Die Entscheidung über dessen Gebrauch trifft der Hauptberufsträger!

⇒ Nicht nach **Entbindung von der Schweigepflicht.**

⇒ Wenn kein Zeugnisverweigerungsrecht besteht:

Aussagepflicht,

auch trotz bestehender Schweigepflicht!



*Fahrzeuge des Rettungsdienstes sind
von den Vorschriften dieser Verordnung
befreit, wenn höchste Eile geboten ist, [...]*

SONDERRECHTE UND WEGERECHT



Sonderrechte

- ⇒ Rechtsgrundlage: § 35 StVO
- ⇒ befreit von (manchen oder allen) Vorschriften der StVO
- ⇒ Berechtigte:
 - ▶ Polizei, Feuerwehr, KatS, Bundespolizei, Bundeswehr, Zoll
 - ▶ **Fahrzeuge** des Rettungsdienstes
- ⇒ Voraussetzung:
 - ▶ zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dringend geboten
 - ▶ **höchste Eile** geboten, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden
- ⇒ keine Kennzeichnung erforderlich

Wegerecht

- ⇒ Rechtsgrundlage: § 38 StVO
- ⇒ verpflichtet alle anderen Verkehrsteilnehmer, freie Bahn zu schaffen
- ⇒ Berechtigte:
 - ▶ **Fahrzeuge**, die mit blauem Blinklicht und Einsatzhorn ausgestattet sind
- ⇒ Voraussetzung:
 - ▶ **höchste Eile** geboten ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwenden, [...]
- ⇒ Blaulicht und Einsatzhorn

§ 35 StVO: Sonderrechte



- (1) Von den Vorschriften dieser Verordnung sind die Bundeswehr, die Bundespolizei, die Feuerwehr, **der Katastrophenschutz**, die Polizei und der Zolldienst befreit, soweit das zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dringend geboten ist.*
- (5a) **Fahrzeuge** des Rettungsdienstes sind von den Vorschriften dieser Verordnung befreit, wenn **höchste Eile geboten** ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden.*
- (8) Die Sonderrechte dürfen nur unter gebührender Berücksichtigung der **öffentlichen Sicherheit und Ordnung** ausgeübt werden.*

§ 35 Abs. 1, 5a, 8 StVO



*(1) Blaues Blinklicht zusammen mit dem Einsatzhorn darf nur verwendet werden, wenn **höchste Eile geboten** ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwenden, flüchtige Personen zu verfolgen oder bedeutende Sachwerte zu erhalten.*

Es ordnet an:

*„Alle übrigen Verkehrsteilnehmer haben sofort **freie Bahn zu schaffen**“.*

§ 38 Abs. 1 StVO



(2) *Blaues Blinklicht allein darf nur von den damit ausgerüsteten Fahrzeugen und nur zur Warnung an Unfall- oder sonstigen Einsatzstellen, bei Einsatzfahrten oder bei der Begleitung von Fahrzeugen oder von geschlossenen Verbänden verwendet werden.*

§ 38 Abs. 2 StVO

Sonderrechte: Voraussetzungen



Rettungsdienst

- **Fahrzeuge** des Rettungsdienstes
- Welche Fahrzeuge gehören zum Rettungsdienst?
- **höchste Eile** geboten



Katastrophenschutz

- Was ist **Katastrophenschutz**?
- Welche Aufgaben sind **hoheitlich**?



Helfer vor Ort



Sanitätsdienst



Hausnotruf

Sonderrechte: Umsetzung



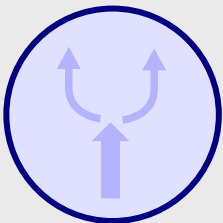
- ⇒ Wer entscheidet, **ob** Sonderrechte in Anspruch genommen werden?
- ⇒ Wer entscheidet, **wie** Sonderrechte in Anspruch genommen werden?
- ⇒ Wie wird ein Fahrzeug **gekennzeichnet**, das Sonderrechte in Anspruch nimmt?
- ⇒ Was **bedeutet** die Inanspruchnahme von Sonderrechten?
 - ▶ **Befreiung von** den Vorschriften **der StVO**
 - ▶ keine Wirkung ggü. **anderen Verkehrsteilnehmern**
 - ▶ **Einschränkungen** bei der Inanspruchnahme von Sonderrechten
- ⇒ § 35 Abs. 9 StVO: **Funken** auf Alleinfahrt



höchste Eile geboten



Blaues Blinklicht
und Einsatzhorn



alle anderen Fahrzeuge haben
sofort freie Bahn zu schaffen



- ständige Aufmerksamkeit
- Fehlreaktionen anderer Verkehrsteilnehmer einkalkulieren



⇒ § 52 Abs. 3 StVZO:

- ▶ Kraftfahrzeuge, die dem Vollzugsdienst der Polizei, der Militärpolizei, der Bundespolizei, des Zolldienstes, des Bundesamtes für Güterverkehr oder der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung dienen, [...]
- ▶ **Einsatz- und Kommando-Kraftfahrzeuge** der Feuerwehren und **der anderen Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes**,
- ▶ Kraftfahrzeuge, die nach dem Fahrzeugschein als Unfallhilfswagen öffentlicher Verkehrsbetriebe mit spurgeführten Fahrzeugen [...] anerkannt sind,
- ▶ **Kraftfahrzeuge des Rettungsdienstes**, die für **Krankentransport** oder **Notfallrettung** besonders eingerichtet und nach dem Fahrzeugschein als **Krankenkraftwagen** anerkannt sind.



⇒ § 34 StVO: Verhalten bei Unfällen

▶ dazu gehört:

- anhalten
- absichern
- Unfallfolgen klären, Verletzten helfen
- Feststellung der Unfallbeteiligung ermöglichen

▶ aber: „von den Vorschriften dieser Verordnung befreit“

⇒ § 142 StGB: Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort

▶ ggf. § 34 StGB: rechtfertigender Notstand

▶ Feststellungen **unverzüglich nachträglich** ermöglichen

⇒ Unfall mit **Personenschaden**

▶ Güterabwägung



⇒ **Missbrauch** von Blaulicht und/oder Einsatzhorn

- ▶ **Ordnungswidrigkeit** (20,- €)
- ▶ je nach Fahrweise: ggf. **Nötigung** (§ 240 StGB)
- ▶ Haftung beim **Unfall**
- ▶ organisationsinterne Folgen
- ▶ Überprüfung von erteilten Ausnahmegenehmigungen oder der zulassungsrechtlichen Voraussetzungen

⇒ **Unberechtigte Inanspruchnahme** von **Sonderrechten**

- ▶ begangene Verstöße gegen die StVO sind in der Regel als **Ordnungswidrigkeiten** zu ahnden
- ▶ Haftung beim **Unfall**
- ▶ organisationsinterne Folgen

Geschlossene Verbände



- ⇒ Ein **geschlossener Verband** gilt als ein Fahrzeug.
 - ▶ Er darf **nicht unterbrochen** werden.
 - ▶ Er darf Kreuzungen und Einmündungen **zur Gänze queren**, wenn das erste Fahrzeug queren durfte.

- ⇒ Geschlossene Verbände müssen **erkennbar** sein.
 - ▶ **Alle Fahrzeuge** müssen **gekennzeichnet** sein.
 - Fahnen, Plakate, Blaulicht
 - ▶ Der Verband muss **geschlossen gehalten** werden.

- ⇒ Fahrten im geschlossenen Verband sind **genehmigungspflichtig**.
 - ▶ Ausnahme: Sonderrechtsberechtigte (namentlich KatS)
 - ▶ Konvois > 30 Fahrzeuge sind immer anzumelden.
 - Ausnahme: Großschadensfall / Katastrophe

Danke!



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Thomas Hochstein

<https://thomas-hochstein.de/>



ARGE
Arbeitsgemeinschaft
RettungsdienstRecht